Öffentliche Sitzungsvorlage

Vorlage-Nr.:	**82/2004**
Top-Nr.:	
Fachbereich:	Haupt- und Personalamt
Erstellt von:	Herrn Wilmsmann
Datum:	22.06.2004

Betreff:
Bürgerantrag der katholischen Kirchengemeinden St. Vitus und St. Marien in Olfen vom 13.05.04

Beratungsfolge:	
08.07.2004	Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss

Beschlussvorschlag:
Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss nimmt Kenntnis vom Bürgerantrag der katholischen Kirchengemeinden St. Vitus und St. Marien in Olfen auf Unterstützung der Maßnahmen zur gesetzlichen Absicherung der Kinder- und Jugendarbeit in NRW. Verwaltungsseitig wird dazu ausgeführt, dass eine kreisweite Initiative dieses Anliegen bereits unterstützt und die Stadt Olfen zum Ausgleich für zu erwartende Defizite des Landes im Haushaltsjahr 2004 Mittel zur Verfügung gestellt hat und darüber hinaus eine „freie Spitze“ i.H.v. 3.000,-- € für die Jugendarbeit in der Stadt Olfen.

Der Beschluss hat keine finanziellen Auswirkungen.

Begründung:
Gemäß § 24 der Gemeindeordnung NRW hat jeder das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen oder Beschwerden in Angelegenheiten der Gemeinde an den Rat zu wenden. Die Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse und des Rates der Stadt Olfen bestimmt, dass die vorgenannten Maßnahmen durch den Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss entschieden werden.

Wie bereits im Beschlussvorschlag dargelegt, ist bereits eine kreisweite Initiative – über die Bürgermeister der Städte und Gemeinden – erfolgt, um auf die Neufassung des Gesetzes einzuwirken. Auch die Organisationen – wie Städte- und Gemeindebund – haben entsprechende Initiativen gestartet.

Zur kontinuierlichen Entwicklung der Jugendarbeit im Stadtgebiet Olfen hat die Stadt Olfen bereits im Jahre 2003 für das Jahr 2004 sichergestellt, dass die Finanzierung der Jugendarbeit gesichert bleibt. Hierfür sind 10.000,-- € zusätzlich bereitgestellt worden, jedoch mit der Maßgabe, dass diese Mittel nur dann ausgegeben werden, wenn sich das Land aus der bisherigen langjährigen finanziellen Förderpraxis zurückzieht.

...

Das bisherige Handeln der Stadt hat nach Meinung der Verwaltung das Anliegen des Bürgerantrages erfüllt.

Wilmsmann
Amtsleiter

Himmelmann
Bürgermeister